

Ina Leukefeld

Ein Beitrag zur Programmdiskussion

Arbeit neu Denken - Wie den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit lösen ?

Unter der Überschrift: „Wie wollen wir leben?“ ist im Programmentwurf formuliert: „DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit führen kann, sein Recht auf Arbeit, auf Bildung und Kultur wahrnehmen kann und nicht diskriminiert und ausgegrenzt wird.“ Dann werden richtige Ansprüche Guter Arbeit definiert, die bereits heute Gegenstand linker Politik sind.

Reicht das aus, um linke Reformprojekte für gesellschaftlichen Veränderung, Umgestaltung und letztlich der Überwindung des (Finanzmarkt)Kapitalismus auf den Weg zu bringen und dafür Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu gewinnen? Notwendig ist m. E. die Eigentumsfrage mit der Produktion und Umverteilung des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums zu verbinden.

Was heißt das?

Der heutige und erst recht in Zukunft zu erwartende Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und würde weltweit den Menschen ein existenziell gesichertes, menschenwürdiges Leben ermöglichen. Voraussetzung dafür wäre, die tiefe soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft durch eine gerechte Verteilung des erarbeiteten Reichtums zu überwinden und damit die soziale Frage nachhaltig zu lösen. Ohne Umverteilung von oben nach unten ist das nicht zu haben. Das wird nur in kraftvollen Auseinandersetzungen, Arbeitskämpfen und der Etablierung einer echten Wirtschaftsdemokratie möglich. Verfügung über Eigentum an PM setzt direkte Mitbestimmung bei der Erarbeitung, Verteilung und Konsumtion des gesellschaftlichen Reichtums voraus, die im Unternehmen beginnt und gleichzeitig darüber hinausgeht. Angesichts der Veränderung der Arbeitswelt, der Globalisierung und der Tatsache, dass immer mehr Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsprozess ausgegrenzt werden, muss eine völlig neue Qualität dieses demokratischen Aushandlungsprozesses erreicht werden. Neu zu definieren ist auch die Rolle des Staates in diesem Verlauf.

Dieser Ausgangspunkt folgt dem Verständnis von demokratischem Sozialismus als einer Gesellschaft, die auf der Grundlage einer Produktions- und Lebensweise, die sowohl dem einzelnen als auch dem Gemeinwohl verpflichtet ist, für alle ihre Mitglieder die bestmöglichen Bedingungen für freie Entfaltung von Individualität und Emanzipation schafft. Nicht Geld und Profit dürfen Ausgangs- und Zielpunkt allen Wirtschaftens sein, sondern der Mensch als individuelles und soziales Wesen. Mein Menschenbild dazu wird in dem Lied von Hannes Wader aus dem Text von Nazim Hikmet deutlich: „Leben einzeln und frei wie ein Baum und dabei brüderlich (schwesterlich) wie ein Wald, diese Sehnsucht ist alt.“

Klar ist: Das verlangt eine tiefgreifende Veränderung der Herrschafts- und Machtverhältnisse, deren Kern die Eigentums- und Verfügungsverhältnisse sind. Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Daraus folgt für die LINKE, alles zu

unterstützen, was den Menschen die finanziellen, materiellen und geistigen Ressourcen für ihre Lebensgestaltung selber in die Hand gibt. Das Wirken der sich „hinter den Kulissen“ und für den einzelnen oft nicht nachvollziehbaren globalen Verflechtungen als Machtverhältnis von Kapital, Finanzmarkt, Wirtschaft und Politik, muss begrenzt und letztlich überwunden werden. Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verfügung über Eigentum und damit über Ressourcen muss die Frage nach der Zukunft von Arbeit und des Sozialstaates gestellt werden.

Umstritten ist in der LINKEN der Stellenwert von Arbeit und die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Der Programmentwurf wird in dieser Frage neuen Herausforderungen nicht gerecht und bleibt unter den Erwartungen.

Zu entscheiden ist im Rahmen der Programmdiskussion, ob die LINKE ausschließlich am Konzept der Erwerbsarbeit als Grundlage der Existenzsicherung festhält oder nicht.

Einig ist man sich wohl darüber, dass menschliche Arbeit Voraussetzung für die Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums ist. Dabei nimmt einerseits der Anteil der lebendigen Arbeit dank Wissenschaft und Technik ab, die Arbeitsproduktivität steigt und nach Marx: „wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden... Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr in den Produktionsprozess eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozess selbst verhält. **Er tritt neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein.**“

Nun könnte mit Marx „**das Reich der Freiheit**“ beginnen. Inzwischen ist tatsächlich sprunghaft weniger Arbeit zum bloßen Überleben notwendig; doch die frei werdende Zeit wird nicht zur Entwicklung genutzt, sondern kehrt sich gegen die Arbeitenden in Gestalt von Arbeitslosigkeit. Es ist an der Zeit, durch radikale Verkürzung der Arbeitszeit, einschließlich der Lebensarbeitszeit dem zu begegnen. Das Gegenteil ist der Fall, wie u.a. auch die aktuelle Rentendiskussion zeigt.

Gleichzeitig erleben wir vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen der Produktivkräfte durch Informations- und Kommunikationstechnologien, dem zunehmenden Druck der Kapitalverwertung unter den Bedingungen der Globalisierung und des Finanzmarktkapitalismus eine **grundlegende Veränderung der Arbeitsgesellschaft.**

Dieses wird im Programmentwurf kaum reflektiert. Die einseitige Orientierung auf die herkömmlichen Strukturen der Lohnarbeit und die unmittelbare Verbindung mit Fragen der Existenzsicherung wird m. E. weder der Realität noch den neuen Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht.

Linke Wissenschaftler sprechen von „der Durchsetzung einer marktzentrierten Produktionsweise“ (Dieter Sauer, 2008), von einer radikalisierten Vermarktlichung der Arbeitskraft als Ware.

Ausdruck dafür sind der Verfall des Normalarbeitsverhältnisses, Flexibilisierung und Prekarisierung durch ungeschützte, befristete und nicht regulierte Arbeitsverhältnisse sowie die feste Etablierung eines Niedriglohnsektors. Konkreter Ausdruck dafür sind alle Formen von working poor, konkret Kurzarbeit und Zeitarbeit, wo Arbeitnehmer lediglich auf Abruf zur Verfügung stehen müssen. Der Mensch selbst verkommt zur Ware und wird auf dem Arbeitsmarkt verwertet oder eben nicht. Damit einher geht die Erosion des Tarifsystems (Thüringen nur 53 % der Arbeitnehmer und 24 % der Unternehmen tariflich gesichert) und die weitere

Demontage von Arbeitnehmerrechten. Es ist kommt zu einer zielgerichteten „Produktion von Gefügigen“, sprich eine gegenseitige Disziplinierung von Arbeitnehmern erster, zweiter und dritter Klasse. „Insofern steht diskriminierende Prekarität für mehr als nur einen sozialstrukturellen Wandel, der Begriff bezeichnet ein Herrschafts- und Kontrollsystem, das auf subtile Weise auch Festangestellte diszipliniert.“ (Dörre, 2009)

Das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist weder zwischen Ost und West, noch zwischen Frauen und Männern gewährleistet. Thüringer Beschäftigten wurden 2009 unter Berücksichtigung der längeren Arbeitszeiten 70 Prozent der westdeutschen Löhne und Gehälter gezahlt, die Differenz zwischen Frauen und Männern beträgt 22 %.

Allgemeingut ist, dass Massenarbeitslosigkeit als dauerhafte Existenzform jenseits der „industriellen Reservearmee“ des vergangenen Jahrhunderts etabliert ist, was mit den Erkenntnissen der Konjunktur sowie der Wirtschafts- und Finanzkrisen in diesem Jahrzehnt Bestätigung gefunden hat.

Prekarisierung von Arbeit betrifft heute bei weitem nicht nur Geringqualifizierte, sondern in wachsender Zahl auch hochqualifizierte Menschen in Arbeitsformen mit hohen Anteilen an Eigenverantwortung und Selbstorganisation. In besonderer Weise zu nennen ist der Bereich der Sozialen Dienstleistungen, auch Sozialwirtschaft genannt, der an Bedeutung gewinnt und so schlecht bezahlt wird, dass immer mehr Menschen, größtenteils Frauen, von dieser Arbeit nicht leben können. Perverser Ausdruck für diese Entwicklung ist auch der Begriff „Generation Praktikum“, weil heute gut ausgebildete, hoch motivierte Absolventen große Schwierigkeiten beim Einsteig in das Berufsleben haben.

In der Analyse der veränderten Arbeitswelt zeigt sich eine **Aufspaltung und Zerklüftung der Arbeitsgesellschaft**, deren innerer, solidarischer Zusammenhang fragil ist bzw. zerbröckelt. In der Konsequenz werden Ungleichheitsstrukturen eher verfestigt. Die dauerhaft Ausgegrenzten entwickeln oftmals individuelle Strategien des Selbsterhalts, die ein spezifisches Geflecht einer Untergrundökonomie (Joachim Bischoff- 2009) herausbilden, was seinerseits wiederum Einfluss auf das Wirtschafts- und Sozialsystem als Ganzes nimmt (siehe Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Scheinselbständigkeit etc.)

Charakterisierend für die gegenwärtige Entwicklung der Arbeitsgesellschaft ist eine (fast) bedingungslose Unterordnung des Privatlebens unter das Arbeitsleben, zunehmende Verunsicherung und fehlende Möglichkeit der Lebensplanung. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Möglichkeit und Fähigkeit des Einzelnen, längerfristige menschliche Beziehungen einzugehen, verlässliche Familienstrukturen zu begründen und ein Leben mit Kindern zu praktizieren. Selbst dort, wo das möglich ist, führen zunehmender Zeit- und Leistungsdruck sowie Angst vor sozialem Abstieg in starkem Maße zu permanenter Verunsicherung und psychischen Störungen.

Mit Emanzipation hat das alles nichts zu tun.

Die Suche nach einem neuen Subjekt ist allgegenwärtig und die Diskussion dazu noch lange nicht am Ende.

Was heißt das für die programmatische und strategische Diskussion der LINKEN ?

1. Die LINKE. als Teil der sozialen Bewegung

Zunächst gilt es, diese Entwicklung öffentlich zu thematisieren und ihr mit Protest und Widerstand zu begegnen. Es muss verhindert werden, dass sie sich weiter verfestigt wird und der neoliberale Kurs muss zurückgedrängt werden. Menschen zu gewinnen, die sich öffentlich zur Wehr setzen, ist neben der strategisch-inhaltlichen Seite **die** entscheidende Aufgabe der Gegenwart. Ohne eine starke soziale bzw. sozial-ökologische Bewegung, ohne Vernetzung der verschiedenen außerparlamentarischen Kräfte und letztlich einer Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft wird ein Transformationsprozess m. E. nicht möglich sein. Dabei ist es angesichts der realen Situation fraglich, ob traditionelle Protestformen noch die gängigen Muster sind oder ob es nicht auch neuer Widerstandsformen bedarf, damit mehr Menschen aktiv werden. Zunehmend unsichere Lebensverhältnisse führen einerseits zu Politikverdrossenheit, Resignation und politischem Rückzug, möglicherweise zu Demokratiefeindlichkeit und Rechtstextremismus. Andererseits liegt natürlich hier ein Potenzial für Veränderung, wenn es gelingt, im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen politisch zu agieren. Aufklärung, Solidarität und ein **Wirken der Partei DIE LINKE. als Teil der sozialen Bewegung** ist dafür Voraussetzung.

2. Neue Definition von Arbeit und ihre Neubewertung:

Bei „arte“ wurde kürzlich gefragt: Liegt die passende Utopie vielleicht genau in jenem Bereich zwischen der Befreiung von der Arbeit und der Erfüllung in der Arbeit?

Das ist eine interessante Fragestellung.

Der Form der Lohnarbeit entsprang in der Arbeiterbewegung mit dem Anspruch, alle Frauen und Männer aus der Knechtschaft zu befreien. Unterhalb der Arbeiterklasse sollte es nichts mehr geben. So sollte auch die Befreiung der Frau erst möglich sein, sobald sich diese in großem Maßstab an der Produktion beteiligen kann, und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt, wie Friedrich Engels schrieb. (siehe Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 158)

Mit der qualitativen Entwicklung der Produktivkräfte, durch Veränderungen der Produktions- und Lebensweise, einschließlich starker Individualisierungsprozesse, haben sich Charakter und Verständnis von Arbeit stark verändert. **Unter Arbeit verstehen wir heute nicht nur Lohnarbeit im traditionellen Sinne, sondern alle notwendige Arbeit zur Reproduktion von Mensch und Gesellschaft.** Bezahlte Erwerbsarbeit macht nur einen relativ kleinen Teil der insgesamt aufgewendeten Arbeit in einer Gesellschaft aus. Laut dem Bundesamt für Statistik gab es in Deutschland 2008 56 Mrd. bezahlte Arbeitszeitstunden bei insgesamt 96 Mrd. unbezahlten. Dazu gehören neben ehrenamtlicher Arbeit auch Haus-, Bürger-, Eigen- und Beziehungsarbeit. Deshalb ist als perspektivische Leitlinie unserer Politik eine grundlegende Veränderung von Arbeitsteilung zu diskutieren. Eine gute Grundlage dafür ist die Idee, wie sie Frigga Haug unter der Überschrift „**Die Vier-in-Einem-Perspektive**“ - Eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist“ , entworfen hat. Worauf wir aus sind, das ist eine Verknüpfung jener vier Bereiche menschlicher Tätigkeit: Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Eigenarbeit, gesellschaftliche Arbeit.

Wollen wir wirklich als LINKE festhalten am Konzept der Erwerbsarbeit als Grundlage der Existenzsicherung?

Ich meine, wir müssen uns von dem engen Konzept der Lohnerwerbsarbeit befreien. Ich teile nicht die Sorge, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgeht, aber eine traditionelle patriarchalische Vollbeschäftigungsgesellschaft wird es so nicht mehr geben. Sozial - ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie neue Herausforderungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Rahmenbedingungen dafür kann und darf nicht der Markt allein setzen! Zentrale Fragen sind Arbeit und Entlohnung zu fairen Bedingungen (was ist uns z. B. Sozialarbeit wert?), Arbeitszeitverkürzung, lebensbegleitende Bildung und Qualifizierung für alle.

Nur die Anerkennung auch der Nicht-Erwerbsarbeit als Arbeit und die damit bei fairer Verteilung verbundene Verringerung der Arbeitszeit schafft mehr Zeit für Emanzipation und individuelle Weiterentwicklung.

Und es muss dafür gesorgt werden, dass geleistete Arbeit auch bezahlt wird, wenn sie im Interesse des Gemeinwohls ist.

Weiterhin zu bedenken ist: Der Wert von Arbeit geht weit über die bloße Erwerbsarbeit zur Finanzierung des Lebensunterhalts hinaus, sondern hat auch sinn- und identitätsstiftenden Charakter.

In der aktuellen Debatte ist es nötig, sowohl die kulturelle Dimension von Arbeit zu erfassen als auch der sozialen Komponente von Arbeit gerecht zu werden.

Öffentlich scheint es allerdings eine Mehrheitsmeinung zu sein, dass jede Arbeit besser als keine Arbeit ist. Durch die Medien wird pausenlos vermittelt, dass es schlichte Bürgerpflicht sei, sie anzunehmen, um dem Staat nicht auf der Tasche zu liegen. Ich meine, dass kann keine Antwort der LINKEN sein. Deshalb wenden wir uns gegen Zwangsarbeit!

Eine emanzipatorische Gegenbewegung muss m. E. vor allem mit dem Konsens brechen, dass jede Erwerbsarbeit besser ist als keine.

3. Ausprägung einer linken Leitidee: Leben in Würde mit und ohne Arbeit!

Dazu gehören neben den Forderungen nach Guter Arbeit, einer aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Wirtschaftsdemokratie folgende weitere Aspekte:

Zu befördern ist der gesellschaftliche Aushandlungsprozess, was uns Arbeit jenseits der Produktion materieller Güter Wert ist (Sozialwirtschaft, Bildung, Naturschutz, Kultur) und wer sie bezahlt ? Ohne Umverteilung des Reichtums (siehe Steuerkonzept) geht das nicht. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Entwicklungsperspektiven zwischen Markt und Staat mit dem Ziel der Stärkung des Öffentlichen statt Privatisierung. In diesem Zusammenhang gilt es die Beschäftigung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen konsequent auszubauen. Die LINKE sollte festhalten an der Forderung nach einer wirklichen Etablierung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS – siehe Konferenz 2002).

Die gegenwärtigen Möglichkeiten zur Finanzierung von gemeinwohlorientierter Arbeit sind zwar vielfältig, aber davon meilenweit entfernt. Im Gegenteil: Wer Bürgerarbeit ausschließlich als Abstellgleis für Langzeitarbeitslose, so genannte arbeitsmarktferne Schichten, konzipiert, verfehlt die eigentliche Aufgabe im doppelten Sinne. Einerseits wird massenhaft notwendige Arbeit schon lange nicht mehr

geleistet, was zu erheblichen Verwerfungen und zusätzlichen Kosten im volkswirtschaftlichen Sinne führt. Dabei ist soziale, kulturelle und ökologische Arbeit im Sinne von öffentlicher Daseinsvorsorge gemeint. Im Gegensatz zur PDS hat sich die LINKE von wichtigen Positionen des ÖBS als einem Bereich zwischen Staat und Markt, dem so genannten Non – Profit-Bereich, zurückgezogen und setzt eher auf die Stärkung des öffentlichen Dienstes. Nicht entweder - oder, sondern beide Wege sind wichtig. Richtig ist, dass der ÖBS zur Sicherstellung normaler öffentlicher Dienstleistungen nicht missbraucht werden darf. Allerdings zeigt die reale Entwicklung, dass sich die Kommunen bzw. nach dem Subsidiaritätsprinzip Freie Träger auf Grund ihrer finanziellen Lage schon lange kaum noch außerhalb des Bereiches der Pflichtaufgaben bewegen können. Das verstärkt die Forderung nach ÖBS im Sinne von „wirklicher“ Arbeit. Die Kommunen erkennen sehr wohl den Bedarf auf vielen Gebieten und wollen die freiwilligen Leistungen im Interesse von Prävention und Lebensqualität auch erbringen. Allein es fehlt das Geld, aber das ist zu kurz gedacht. Die Erfahrungen aus der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hinsichtlich des ÖBS sind in die Programmdiskussion einzubeziehen. Konzeptionell bedeutet dies, einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, dass es sinnvoller ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die Sozialpartner müssen in das Konzept zum ÖBS einbezogen werden. (tarifliche Orientierung der neuen Arbeitsrechtsverhältnisse). Kriterien für die durchgängige Etablierung eines **ÖFFENTLICHEN BESCHÄFTIGUNGSSEKTORS** sind: **existenzsichernd, sozialversicherungspflichtig, freiwillig und weitestgehend unbefristet**, mindestens für Ältere als würdigen Übergang in Rente. Es scheint, als wäre der Zug für diesen Prozess bereits abgefahren, aber wer nach Alternativen sucht, wer den Non- Profit – Bereich ausbauen möchte und neue Formen selbst verwalteter Arbeit (einschließlich lokale Initiativen solidarischer Ökonomie, Genossenschaften und Kooperationen) entwickeln will, der darf sich diesem Weg nicht verschließen. Die politische Forderung nach einem entsprechenden (ÖBS)Fonds muss in das Programm aufgenommen werden.

4. Soziale Grundrechte in die Verfassung – Europa- und weltweit

Das wäre dann auch die Voraussetzung für die Erweiterung und Präzisierung des Sozialstaatsgebotes im Grundgesetz. Die Sozialstaatlichkeit ist nach Art. 20 GG festgeschrieben, aber es gibt nirgendwo nähere Erläuterungen, wann das Prinzip der Sozialstaatlichkeit nicht mehr erfüllt ist. Das wiederum führt letztlich zu einem „Wohlfahrtsstaat, der auf good will beruht. Deshalb müssen **soziale Grundrechte in der Verfassung** festgeschrieben werden. Dazu gehörte m. E. die Einführung **einer armutsfesten, bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als eine zentrale politische Forderung**. Sie soll für alle möglich sein, die aus den verschiedensten Gründen nicht arbeiten (können), ohne riesigen bürokratischen Aufwand, ohne Androhung von Zwangsmaßnahmen, ohne diskriminierende Kontrolle von zentralen Ermittlungsdiensten, die eine neue Art von Sozialpolizei darstellen. Diese sind schon heute dabei, die rechtsstaatlichen Grenzen zu überschreiten.

5. Bedingungsloses Grundeinkommen als alternatives emanzipatorisches Projekt für das 21. Jahrhundert

In diesem Kontext geht es auch um die Debatte für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Sie ist kontrovers, aber sie muss geführt werden. Ohne dem christlichen und proletarischen Arbeitsethos über Gebühr anzuhängen, im Wissen

um die hohe Bedeutung von Arbeit für die Entwicklung von Persönlichkeit und die Integration in das Gemeinwesen und im Wissen um zahlreiche Risiken, die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen einher gehen, halte ich es für unverzichtbar, diese Debatte auch auf der Ebene der Programmdiskussion zu führen. Letztlich setzt das BGE allerdings voraus, dass sich das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft so verändert, dass es einen breiten Konsens für eine feste Verankerung in der Verfassung gibt. Es ist ein (vielleicht letzter) Schritt in einem transformatorischen Prozess hin zu einer qualitativ neuen Gesellschaft, die ich demokratischen Sozialismus nenne.